

war, aber in der Zeit meiner Regierungszugehörigkeit habe ich das beobachten können, er hat dort gegessen, und er war lange, lange Jahre Mitglied des Mittagschen Wirtschaftsausschusses. Das ist ein Beispiel.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als nächsten Redner bitte ich, von der Fraktion der DSU den Abgeordneten Walther das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Walther für die Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die DSU als Mitglied der Regierungskoalition trägt den vorgelegten Etat mit. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten

(Modrow, PDS: Den Rest zahlen Sie drauf!)

des Finanzministers, den Etat auszugleichen. Was den zunächst ungedeckten Rest von mindestens 4,4 Mrd. M anbelangt, so stimme ich dem Finanzminister zu, daß größte Sparsamkeit notwendig ist. Ob beim Personalabbau, insbesondere der Ministerien und bestimmter nachfolgender öffentlicher Einrichtungen, die für den Staat in der Vergangenheit typisch waren, alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, bleibt jedoch offen. Als Beispiel nenne ich das Außenministerium mit seinen Auslandsvertretungen - einer meiner Vorgänger hatte schon darauf hingewiesen -, bei denen die Notwendigkeit ihrer Existenz fragwürdig geworden ist.

(Beifall, vor allem bei der DSU)

Und auch das Haus selber sollte weitgehend personalfrei an den ersten gesamtdeutschen Außenminister übergeben werden. Auch der Bereich des Innenministers offenbart fürwahr nicht die letzte Konsequenz der möglichen Einsparungen im Personalbereich.

Andererseits begrüßen wir die im Haushaltsentwurf ausgewiesene Stützung der Kommunen, denn die kommunale Selbstverwaltung wird für die Zukunft die tragende Säule auch in unserem Teil Deutschlands sein.

Das Haushaltsdefizit ist gewaltig. Das ist unverkennbar. Die DSU wird sich mit ihren bescheidenen Mitteln bemühen, die relativ guten Kontakte der CSU zu nutzen, um

(Unruhe im Saal)

eventuell noch zusätzliche Finanzhilfen in Form eines Bundeszuschusses oder Erweiterung des Kreditrahmens dort zu erwirken. Dies setzt aber eine genaue Überprüfung weiterer Einsparungsmöglichkeiten voraus. Der Kreditrahmen stößt spätestens dann an die Grenze, wenn ein Zinsanstieg zu befürchten ist, der seinerseits zur Erschwerung von Investitionen führt.

Die Äußerung des Finanzministers, man werde auf Dauer nicht mit einem neoliberalistischen Wirtschaftsansatz auskommen, halte ich für politische Semantik. Es geht überhaupt nicht um Neoliberalismus, nicht etwa um eine neue Form von Manchester-Kapitalismus, sondern um den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft bei uns, der die Bundesrepublik Deutschland ihre in der ganzen Welt bewunderte Wirtschafts- und Finanzkraft verdankt und auf die das vereinte Deutschland bauen wird und muß. Daß dies bei uns einen gewissen Lernprozeß erfordert und Übergangsschwierigkeiten bringt, will ich nicht leugnen, ist für manche bedauerlich - sowohl was das Lernen anbelangt, aber vielmehr bedauerlich für die, die unter den Übergangsschwierigkeiten zu leiden haben. Aber ich halte es für falsch, sich gegen Notwendigkeiten zu stemmen und sich an alte liebgewonnene Vorstellungen zu klammern. Staatliche Initiativmaßnahmen - ja, aber mit der Zielrichtung auf Förderung der privaten Initiative.

Herr Minister Romberg hat seine Abneigung gegen Privatisierungsmaßnahmen in einem gestern veröffentlichten Interview

ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber ohne Privatisierungsmaßnahmen, die doch die Mißwirtschaft der sozialistischen SED-Staatswirtschaft ablösen sollen, ohne eine solche Privatisierung ist die Eigeninitiative nunmal nicht anzufachen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sagte: Die DSU trägt den Etat mit. Wir sind in einer Koalition, um eine bürgerliche Mehrheit zu sichern, um den politischen Einfluß von weit links zu verhindern. Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, daß wir zwar der Koalition angehören, aber nicht in der Regierung durch Minister vertreten sind.

(Unruhe im Saal)

Für einen Koalitionspartner ist es unumgänglich, daß er seine Auffassung im Ministerrat artikulieren kann. Dies gehört zum demokratischen Prinzip. Daß die DSU keinen Minister stellt, dagegen dem Ministerrat drei Minister angehören, die zwar als Repräsentanten von Parteien in die Regierung gekommen sind, aber nun - frei schwebend sozusagen - als Individualisten der Regierung angehören, ist unvertretbar.

(Unmutsäußerungen - Beifall bei der DSU)

Ich wiederhole die Forderung meiner Fraktion, Minister der DSU zu berufen. Nur so ist eine demokratische Mitarbeit der DSU als Koalitionspartner gewährleistet.

Die Etatdebatte, meine Damen und Herren, ist die Gelegenheit, in gebotener Kürze aktuelle Grundsatzpositionen aufzuzeigen. Die DSU sieht ihr Ziel der deutschen Einheit durch den 1. Staatsvertrag auf gutem Wege - trotz aller Schwierigkeiten, die bei diesem außerordentlichen historischen Unternehmen der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht ausbleiben können. Wir begrüßen die erfolgreichen Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow. Kein Verständnis haben wir dafür, daß Herr Außenminister Meckel die ausgehandelte Obergrenze der deutschen Gesamtstreitkräfte angreift. Auch das kommende Deutschland muß verteidigungsfähig bleiben und weiter im Bündnis einen Beitrag leisten. Ob die Wiener Abrüstungsverhandlungen später eine weitere Senkung erlauben, gehört dorthin und setzt das Quiproquo voraus.

Vollends unverständlich ist uns die Äußerung von Herrn Meckel im Gegensatz zu Ziffer 5 der vom Bundeskanzler vorgelegten Vereinbarung, künftig auf dem Gebiet der DDR eine Armee mit eigener Struktur und eigenem unabhängigen Oberbefehlshaber - und das, wo wir dringend sparen müssen. Wie kann es in einem vereinten Deutschland zwei Armeen geben, und was soll das für ein Oberbefehlshaber sein, der niemandem untersteht und niemandem verantwortlich ist? Solche Vorstellungen sind noch dem Denkschema des geteilten Deutschland verhaftet und offensichtlich von Gorbatschow gar nicht zur Bedingung gemacht. Hier muß ich Herrn Ministerpräsident fragen, ob dies denn die Auffassung des gesamten Ministerrates ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir verdanken die Belastungen, und der Haushalt weist das aus, denen viele unserer Landsleute ausgesetzt waren und sind, dem SED-Regime und nur diesem Regime. Die SED-Nachfolgepartei PDS vernebelt bei ihrer Kritik am Haushaltsentwurf, daß sie die Hauptschuld an der Misere der DDR trägt, welche Schuld sie an den Folgen der von ihr protegierten deutschen Teilung trägt, einem System, das den Menschen die Freiheit und den Lebensstandard wie in anderen Ländern der westlichen Welt verweigerte.

Bei den Ausführungen meiner Vorgängerin konnte man den Eindruck gewinnen, als ob sie seit Jahrzehnten Vorlesungen über soziale Marktwirtschaft gehalten habe. Aber, ich glaube, es handelte sich da um politische Ökonomie des Sozialismus oder Kapitalismus.

(Beifall der Koalition)

Sie erweist sich damit als ein Symbol all derer, die sich aus den